Freitag, 29. November 2019 | Nummer 274 | **Fr. 2.50**

HEUTE MIT **KUL**

LIECHTENSTEINER
Vaterland

#näher dran
Diese Woche: Vaduz

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Grimm & Co. Adieu
Katja Langenbahn beendet nach 18 Jahren die beliebte Märchenserie Grimm & Co. KUL

Karitatives Engagement
Die Brockenstube des Frauenvereins Vaduz setzt sich seit 1976 für Nachhaltigkeit ein. 11

LIN EXA
www.linexa.com
Am Schrägen Weg 9, FL-9490 Vaduz

Grosses Vertrauen in eigene Institutionen

Die Stiftung Ordnungspolitik und Staatsrecht hat eine auf einer repräsentativen Umfrage basierende Studie von Michael Wohlgemuth (Institut für Demoskopie Allenspach) zum Vertrauen der Liechtensteiner Bevölkerung in relevante Institutionen publiziert. Insgesamt geniessen die meisten Institutionen ein im internationalen Vergleich «aussergewöhnlich hohes Vertrauen der Bürger», wie es in einer Pressemitteilung heisst. Das grösste Vertrauen unter den nicht (direkt) politischen Institutionen geniessen gemäss der Studie die Unternehmen. 93 Prozent der Befragten gaben an, diesen «sehr viel» oder «ziemlich viel» Vertrauen entgegenzubringen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Polizei (91) und die Schulen (89). Die Kirche bildet mit 39 Prozent das Schlusslicht. Bei den politischen Institutionen belegt der Erbprinz mit 89 Prozent Rang eins vor den Gerichten (85) und den Gemeindeverwaltungen (85). Regierung und Landtag kommen auf 77 respektive 74 Prozent. Die Studie kann online auf www.sous.li abgerufen werden. *(bo)*

Liechtenstein prüft Klimatest für Banken im nächsten Jahr

Die Schweiz führt 2020 freiwillige Klimatests bei Finanzinstituten durch. Liechtenstein könnte folgen.

Susanne Quaderer

Mit dem Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 hat sich die Staatengemeinschaft drei Hauptziele gesetzt. Eines davon lautet, die Finanzflüsse klimaverträglich zu gestalten. Das bedeutet, künftig soll mehr Geld in umweltfreundliche und zukunftsträchtige Technologien investiert werden. Ein Thema, mit dem sich der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) schon seit einigen Jahren beschäftigt.

Im Jahr 2017 hat das Schweizer Bundesamt für Umwelt (BAFU) gemeinsam mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) einen ersten Test zur Klimaverträglichkeit von Finanzportfolios von Pensionskassen sowie Versicherungen durchgeführt. Diese konnten sich dem Test freiwillig unterziehen. Der erste Klimatest der Schweiz brachte zum Vorschein, dass die heutigen Investitionen der Versicherungen und Pensionskassen eine Erderwärmung von vier bis sechs Grad unterstützen würden. Eine Erkenntnis, die die Finanzbranche zum Umdenken bewegen kann.

Im Sommer 2020 wird der Test wiederholt, zusätzlich können sich dann auch Banken sowie Vermögensverwalter überprüfen lassen. Diese Initiative wurde von der Schweiz und den Niederlanden am UN-Klimagipfel im vergangenen September in New York vorgestellt, damit sich Länder der Initiative und damit der Anwendung der Tests anschliessen können. Auch Liechtenstein, genauer gesagt das Ministerium für Präsidiales und Finanzen (MPF), überprüft derzeit die Anwendung dieser Tests.

EU arbeitet mit Hochdruck an Regulierungen

Die Banken bieten hierzulande bereits heute Finanzanlagen an, die die Nachhaltigkeit in den Fokus stellen. Doch wie kann bestimmt werden, ob diese Anlagen den Anforderungen der Nachhaltigkeit entsprechen? Momentan fehlen der Finanzmarktaufsicht (FMA) die gesetzlichen Instrumente, um die Nachhaltigkeit der Produkte zu überprüfen. Der Klimatest hilft dabei. Das Ministerium des Regierungschefs erklärt dazu: «Es ist sehr begrüssenswert, Tools zur Verfügung zu haben, welche die Klimaverträglichkeit von Investitionen und Finanzierungen und somit die Einhaltung der Pariser Klimaziele überprüfen.»

Auch die EU arbeitet bereits seit Längerem mit Hochdruck an neuen Regulierungen in diesem Bereich. Diese gelten aufgrund des EWR-Abkommens in der Folge dann auch für Liechtenstein. Da dies aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, stellt der Test vorab schon eine Hilfestellung dar. Vorab eigenständig neue Regulierungen zu verfassen, erachtet das Ministerium für Präsidiales und Finanzen als nicht zielführend. 5

Sapperlot

«Liebeskummer lohnt sich nicht, mein Darling!» Was Siw Malmkwist 1964 ins Mikrofon trällerte, gilt heute doch noch genauso. Also schnell sämtliche Liebesbriefe in den Müll gepackt, die Profile auf Facebook und Instagram penibel gesäubert, alle Reminiszenzen eliminiert. Bloss kein Blick zurück! Oder eben doch. Ja, wenn es um echte, tiefe Verbundenheit geht, wenn die Herzen – ohne jegliches Kalkül, sondern weil sie nicht anders können – noch immer füreinander schlagen, dann mag auch die Rolle rückwärts ein probates Mittel sein. So wie sie der Landtagsabgeordnete Johannes Kaiser und die FBP vollführt haben. Weshalb diesen unnötigen, selbst auferlegten Trennungsschmerz erdulden, statt sich die Hand zu reichen – und sie am besten nie wieder loszulassen? Seite an Seite den nächsten Wahlen entgegen, ein gemeinsames Lied auf den Lippen: «Liebeskummer lohnt sich nicht, mein Darling ...» Im Gegensatz zu wahrhaftiger Zuneigung. *Oliver Beck*

Auf Fachkräftenotstand hingewiesen

Der demografische Wandel birgt enorme Herausforderungen. Wer pflegt und betreut uns im Alter? Und wie wird das bezahlt? Darüber diskutierte gestern Moderatorin Daniela Ospelt mit Heinz Schaffer, Barbara Frommelt und Judith Oehri auf Einladung von VU-Parteipräsident Günther Fritz (v. l.). 3 Bild: Tatjana Schnalzger

Donald Trump zu Anhörung eingeladen

Der Justizausschuss im US-Repräsentantenhaus hat den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump bei den Impeachment-Ermittlungen gegen seine Person zu einer Anhörung eingeladen. Es wird nicht erwartet, dass Trump der Einladung nachkommen wird – bei der es sich nicht um eine Vorladung handelt. Der Ausschussvorsitzende Jerry Nadler fragte Trump in einem Schreiben am Dienstag, ob der Präsident und seine Anwälte an der Anhörung am Mittwoch der kommenden Woche teilnehmen oder Zeugen befragen wollten. Nadler teilte mit, Donald Trump könne die Chance ergreifen, bei den Anhörungen vertreten zu sein, «oder er kann damit aufhören, sich über den Prozess zu beklagen». Weiter heisst es in dem Schreiben, die Anhörung solle als Möglichkeit dienen, «die historischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen» eines Amtsenthebungsverfahrens (Impeachment) zu debattieren. Trump verurteilt die Ermittlungen gegen ihn immer wieder als «Hexenjagd» und «Betrug». *(sda)*

Advents-Brunch
ab 1. Dezember für CHF
Jeden Sonntag 10:00 - 14:00 Uhr

Frederick Restaurant
FREDERICK.LI

Reservierungen unter T +423 377 44 88 oder www.frederick.li

9 771818 920002 50048

Vaduzer Medienhaus AG, Liechtensteiner Vaterland Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 16, Tel. Abodienst: +423 236 16 61, Nachttelefon Redaktion: +423 236 16 00, E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li – E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li – E-Mail Abo: abo@vaterland.li – E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li, Vaterland online: www.vaterland.li

Die Besucher stellten im Anschluss zahlreiche Fragen an die Podiumsteilnehmer.

Reinhard Walser unterhält sich mit «Zeitpolster.li»-Präsident Ewald Ospelt (v. l.).

Alt-Bürgermeister Karlheinz Ospelt, Alt-Vorsteher Jakob Büchel, Roland Moser, Landtagsabgeordneter Günter Vogt und Manuela Vogt (v. l.).

Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz mit Silke und Mario Wohlwend, Abgeordneter (v. l.).

Antonia Frick und Gemeinderätin Priska Risch-Amann (v. l.).

Der Landtagsabgeordnete Manfred Kaufmann mit Horst Lorenz.

Weitere Bilder: www.vaterland.li/fotogalerie

Judith Oehri, Barbara Frommelt, Heinz Schaffer und Thomas Lorenz mit Moderatorin Daniela Ospelt (v. l.). Bilder: Tatjana Schnalzger

«Es ist Zeit, zu handeln»

Der demografische Wandel zwingt zu Veränderungen. Und zwar besser heute als morgen.

Desirée Vogt

So schön es auch ist, dass der Mensch immer älter wird, so viele Herausforderungen bringt dies gleichzeitig auch mit sich. Vor allem im Bereich der Finanzierung von Pflege- und Betreuungsleistungen sowie der Rekrutierung von Fachkräften. Die Herausforderungen sind gewaltig, wie Studien der Stiftung Zukunft.li bereits aufgezeigt haben. Die Verantwortlichen im Gesundheitsbereich sind alarmiert. Doch ist sich auch die Politik der Tragweite wirklich bewusst? Diese und weitere Themen wurden gestern an der «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltung im Rathaussaal in Vaduz diskutiert. Die VU lud dazu ein, dieses gesellschaftsrelevante Thema parteiübergreifend zu diskutieren – und der Einladung folgten zahlreiche Interessierte. Nach einem Impulsreferat von Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li, diskutierten auf dem Podium Barbara Frommelt, Geschäftsführerin der Familienhilfe Liechtenstein, Heinz Schaffer, Geschäftsführer der Lebenshilfe Balzers sowie Judith Oehri, designierte Geschäftsführerin von «Zeitpolster.li».

Ein Appell an die Politik, zu handeln

In zwei Studien zeigt die Stiftung Zukunft.li auf: Gemäss dem Bevölkerungsszenario des Amts für Statistik steigt der Anteil der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von heute 3,5 auf beinahe 12 Prozent im Jahr 2050 an. Und bereits heute fallen 43 Mio. Franken für die Pflege und Betreuung von Menschen über 65 Jahren an.

Wer soll das also finanzieren, wenn sich die Kosten bis 2050 nahezu vervierfachen? Die Stiftung Zukunft.li hat hierzu das Modell des vererbbaren Pflegekapitals vorgeschlagen. Also ein persönliches Sparkonto, das jeder so lange führen muss, bis er die Betreuung bzw. Pflege selbst nötig hat. «Das System wäre umsetzbar», ist Thomas Lorenz überzeugt. Aber natürlich müssten hier auch Lösungen für alle jene gesucht werden, die sich ein solches Sparkonto nicht leisten können. «Die Politik ist gefordert, zu handeln. Wir können nicht noch einmal 20 Jahre warten.»

Einen wichtigen Beitrag könnten zudem auch Freiwillige übernehmen – zwar nicht im professionellen Pflegebereich, aber doch im Bereich der Betreuung. Hier schlägt die Stiftung Zukunft.li ein so genanntes Zeitvorsorgemodell vor. Damit könnten Freiwillige niederschwellige Hilfe und Entlastung anbieten und der Heimeintritt könnte verzögert werden. Gleichzeitig erhalten diese Freiwilligen wiederum Zeitgutschriften, die sie später wenn nötig selbst einlösen können.

«Zeitpolster.li» steht in den Startlöchern

Tatsächlich hat sich in Liechtenstein bereits eine Gruppe formiert, die das Zeitvorsorgemodell in Liechtenstein einführen möchte. Das Projekt ist weit fortgeschritten, sobald die Finanzierung steht, wollen die Verantwortlichen eine Pressekonferenz abhalten. «Vermutlich noch in diesem Monat», so Judith Oehri, die designierte Geschäftsführerin von «Zeitpolster.li». Obwohl die Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit in Liechtenstein enorm hoch sei, müsse man dann aber schauen, wie gut das System im Land angenommen wird. Funktioniert es, so kann diese aus der Zivilgesellschaft herauswachsende Hilfe sicher einen wichtigen Beitrag leisten, um einigen Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Doch andere grosse Probleme können damit nicht behoben werden.

Handlungsbedarf bei der Rekrutierung

Abgesehen von der grossen finanziellen Herausforderung besteht vor allem in einem Bereich Handlungsbedarf: Der Rekrutierung von Fachkräften. Denn steigt der Anteil der zu Pflegenden, braucht es auch mehr Pflegende. Eine Analyse der Fachkräfte zeigt, dass 43 Prozent bereits über 50 Jahre alt sind und damit in weniger als 20 Jahren aus ihrem Beruf ausscheiden werden. «Wir brauchen junge Fachkräfte. Und die Rekrutierung muss bereits in der Schule beginnen», sagte er in Richtung Bildungsministerin Dominique Hasler. Man müsse den Jugendlichen bewusst machen, dass dies der Beruf der Zukunft sei. Und gleichzeitig auch an den Rollenbildern arbeiten, fügte Judith Oehri hinzu, im Wissen, dass sich nach wie vor nur wenige Männer eine Ausbildung im Pflegebereich vorstellen können. Barbara Frommelt von der Familienhilfe Liechtenstein wies aber noch auf ein anderes Problem hin: «Wer diesen Beruf ausüben will, muss viel in die Ausbildung investieren. Die Auszubildenden verdienen über einen langen Zeitraum nur sehr wenig, der Lohn beträgt knapp 1500 Franken.» Deshalb gebe es auch kaum Quereinsteiger. «Wer bereits mitten im Leben steht, kann damit nicht leben. Deshalb müssten die Rahmenbedingungen geändert werden, hier gebe es wirklich Handlungsbedarf.

Thomas Lorenz appellierte deshalb noch einmal an die Politik, mutig zu sein und nach Lösungen zu suchen. «Die Lösung wird keine bequeme sein. Aber es wird ganz sicher nicht so weiter funktionieren wie bisher.»

Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li.

VU-Parteipräsident Günther Fritz.